

Antrag  
des  
**Bildungs-Ausschusses**

über den Antrag der Abgeordneten Hauer, Sommer, Dammerer und Schnabel  
betreffend Nachfolgeregelung für das Bildungsinvestitionsgesetz und pädagogisches  
Unterstützungspersonal

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten,  
und

1. sich dafür einzusetzen, dass diese im Sinne der Planungssicherheit für das nächste Schuljahr noch vor dem Sommer mit den Bundesländern in Gespräche eintritt. Ziel ist eine Inflationsanpassung der 2017 festgelegten Beträge gemäß § 2 Abs. 1 Bildungsinvestitionsgesetz sowie die Verlängerung der mit 2025 befristeten Erleichterungen, bis ein neues Finanzierungsmodell etabliert ist.
2. umgehend Gespräche mit allen relevanten Stakeholdern aufzunehmen, um die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung eines neuen, umfassenden Finanzierungsmodells für die schulische Tagesbetreuung auf Basis des Einsatzes von Freizeit- und Stützpädagogen und Stützpädagoginnen (pädagogisches Unterstützungspersonal) zu schaffen.
3. die Bundesregierung nachdrücklich auf die bereits bestehenden Beschlüsse der Landesbildungsreferenten und Landesbildungsreferentinnenkonferenz hinzuweisen, die eine langfristige Lösung sowie eine Verstetigung und Erhöhung der Bundesmittel fordern.“

Lobner  
Berichterstatter

Schmidt  
Obfrau